

Anforderungen an das Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz

Der Entwurf zur aktuellen Neuformulierung des BMELV-Reduktionsprogramms chemischer Pflanzenschutz stellt nach Auffassung von NABU und PAN eine nützliche Zusammenstellung möglicher Reduktionspotenziale dar, lässt aber konkrete Ziele und Vorgaben vermissen. Um einen messbaren Erfolg zu erreichen, sollte der Aktionsplan um verbindliche Zielvereinbarungen ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund schlagen NABU und PAN folgende Ergänzungen zum Programm vor:

1. Behandlungsindex als zentraler Indikator

Der Behandlungsindex wurde in einem mehrjährigen Diskussionsprozess von allen Beteiligten als ein zentrales Element in das Reduktionsprogramm eingeführt. Das Reduktionsprogramm besagt, dass die Intensität der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zurückgeführt werden soll. In der aktuellen Neuformulierung des Programms versäumt das BMELV jedoch, den bislang vereinbarten Behandlungsindex als Bemessungsgrundlage zu erwähnen und konkrete Reduktionsvorgaben zu treffen. NABU und PAN fordern daher folgende Zielsetzung:

- Reduzierung der Intensität der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, gemessen am Behandlungsindex, um **25 bis 30 Prozent** (abhängig von der Region) **in 5 Jahren**.
- Formulierung von **maximalen Behandlungsindices** für einzelne Kulturen und Boden-Klima-Regionen (Konkretisierung des „notwendigen Maßes“).

2. Konkretisierung der Rückstandshöchstmengen-Überschreitungen

Die Reduzierung der Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Agrarprodukten ist analog zum bisherigen Reduktionsprogramm auf die Zielvorgabe von **weniger als 1%** in allen Produktgruppen festzusetzen.

3. Verringerung der indirekten Wirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Nichtziel-Organismen und Nichtziel-Habitats

Die gegenwärtige Nutzungsintensivierung infolge des hohen Preisniveaus für Agrarprodukte und des steigenden Bedarfs an Bioenergie führt zu einer erneuten Verarmung der biologischen Vielfalt in der Kulturlandschaft. Dabei reduziert insbesondere der Pestizideinsatz das Nahrungsangebot für viele Tierarten drastisch und führt so zu einer zusätzlichen Gefährdung der Biodiversität. Dies widerspricht den Zielen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt der Bundesregierung, wonach die Populationen der Mehrzahl der Arten in Agrarlandschaften bis zum Jahr 2015 gesichert sein und wieder zunehmen sollten. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, im Reduktionsprogramm Vorgaben zur Reduzierung der **Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf Nichtziel-Habitats** (z.B. Saumstrukturen) und **Nichtziel-Organismen** (z.B. Vögel, Kleinsäuger, Insekten) zu treffen. Ferner sind Maßnahmen zur Förderung von Ausgleichsmaßnahmen (ökologische Vorrangflächen, Landschaftselemente, Agrarumweltprogramme) zu erarbeiten.

4. Berücksichtigung besonders geschützter Arten

Die FFH-Richtlinie, das Bundesnaturschutzgesetz sowie das novellierte Pflanzenschutzgesetz sehen ein klares Verbot der Schädigung besonders geschützter Arten vor. Daher sollte das Reduktionsprogramm den Schutz gefährdeter Arten vor Pestiziden berücksichtigen und Vorschläge zur Verringerung der Aufwandmengen in ökologisch sensiblen Gebieten machen.

Berlin/ Hamburg, 07.03.2008